

NACH ABSCHLUSS DES WELTJUGENTTAGES

Wertedebatte in den Mittelpunkt gerückt



Monika Grütters,
MdB

Die Teilnahme Papst Benedikts XVI. am 20. Weltjugendtag in Köln hat es gezeigt: Über eine Million begeisterte junge Menschen bei der Abschlusskundgebung demonstrierten eindrucksvoll, dass die Sehnsucht nach Werten und Orientierung gerade bei Jugendlichen nach wie vor ungebrochen ist.

In seiner Abschlusspredigt kritisierte Papst Benedikt XVI., dass es heute in großen Teilen eine merkwürdige Gottvergessenheit gebe. Diese Aussage treffe leider auch im besonderen Maße auf Berlin zu, so die Spitzenkandidatin der Berliner CDU für den Deutschen Bundestag, Prof. Monika Grütters. Hier leiste der rot-rote Senat schon seit

Jahren Vorschub für Beliebigkeit und Prinzipienlosigkeit in der Werteerziehung junger Menschen. Auf dem SPD-Landesparteitag vom 9. April 2005 stimmten fast drei Viertel der Delegierten gegen ein verbindliches Wahlpflichtfach Religion bzw. Ethik/Philosophie. Diese Entscheidung wurde nicht nur von Politikern über die Parteigrenzen hinweg kritisiert, sondern widerspreche ganz offensichtlich den gesellschaftlichen Realitäten. Wie der Weltjugendtag gezeigt habe, sehnten sich die Menschen nach verbindlichen Werten. Die Politik habe die Aufgabe, die Vermittlung eines verlässlichen Wertefundaments zu gewährleisten, so Grütters.

Die wertebezogene Politik einer CDU-geführten Bundesregierung werde sich dafür einsetzen, dass auch in der Bundeshauptstadt Religionsunterricht als or-

dentliches Lehrfach erteilt wird. Eine entsprechende Forderung finde sich im Zehn-Punkte-Programm

für Berlin, das die Bundestagskandidaten der Berliner Union gemeinsam erarbeitet haben.



Der Papst wird auf dem Weltjugendtag bejubelt.

Foto: WJT gGmbH

Fortsetzung von Seite 1

Rot-grüne Bilanz - sieben verlorene Jahre



Ingo Schmitt,
MdEP

Ingo Schmitt ist darüber besonders erzürnt: „Diese Faktenscheinen Rot-Grün nicht mehr besonders zu interessieren, aber dahinter verbirgt sich ein Vielfaches an Schicksalen.“ Rot-Grün bremst das Wachstum, nennt er als nächstes. Die Weltwirtschaft boome,

aber Deutschland stagniere. Hohe Lohnzusatzkosten, ein Übermaß an Bürokratie und die hohen Energiepreise bremsten das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Jedes Jahr gehen unter Rot-Grün

40.000 Firmen Pleite. „Rot-Grün macht ärmer“, sagt er. In Deutschland leben heute 1 Million Kinder in der Sozialhilfe. Jeder achte Bundesbürger fällt unter die Armutsgrenze. Schmitt: „Der Armutsbericht der Bundesregierung straft das rot-grüne Gerede von „Sozialer Gerechtigkeit“ Lügen.“ Rot-Grün lebt, so der CDU-Politiker, insgesamt auf Kosten kommender Gene-

rationen. Unter Rot-Grün ist der Schuldenberg des Bundes um 180 Milliarden Euro auf jetzt 890 Milliarden Euro angewachsen, fährt er fort, und das trotz Milliarden-Einnahmen aus UMTS-Lizenzen und dem Verkauf von Bundeseigentum. Statt endlich Ausgaben zu reduzieren, gebe es bei Rot-Grün jetzt neue Versprechen

in Milliardenhöhe. Der CDU-Kandidat zieht seinen Schluss aus der Situation: „Die CDU will einen Aufbruch für unser Land. Deutschland braucht den Wechsel! Deshalb am 18. September CDU wählen.“ Weitere Informationen zu den leeren Wahlver-



sprechen und zu falschen Aussagen der Regierung finden sie aktuell unter www.leere-versprechen.de oder www.wahlfakten.de. Das Regierungsprogramm der Union ist unter www.regierungsprogramm.cdu.de zu finden.



In Kürze

Berliner trauern Schröder nicht

Trotz gegenteiliger Beteuerungen der SPD-Spitze ist eine Mehrheit der Berliner überzeugt, dass die Sozialdemokraten im Kampf um die Macht vor einer rot-rot-grünen Koalition nicht zurückschrecken würden. 58 Prozent der Hauptstädter sind der Meinung, dass die SPD nach der Bundestagswahl im September eine Koalition mit der Linkspartei aus PDS und WASG eingehen würde, wenn sie dadurch an der Regierung bleiben könnte. (*Berliner Zeitung/Forsa*)

Arbeitseifer à la SPD

Politik für Arbeit - mit markigen Sprüchen versucht sich der SPD-Bundestagskandidat Niels Annen in den Vordergrund zu drängen. Nur: Was weiß Annen eigentlich von der Arbeitswelt? Der 32-jährige studiert bereits seit 24 Semestern auf Staatskosten, ohne das ein Abschluss in Sicht wäre. (*Bild-Zeitung*)

Union punktet medial

Einen deutlichen Vorsprung hat die Union in der Berichterstattung der Medien. Der Monitoring-Dienstleister Landau Media AG (Berlin) stellte fest: 75% der Meldungen zu dem wirtschaftspolitischen Konzepten von CDU und CSU waren im Zeitraum 7. Juli bis 17. August positiv oder neutral; ebenso 60% der Meldungen zur Steuerpolitik. Hingegen wurden für die SPD 35% negative Meldungen zur Wirtschaftspolitik und 22% negative Meldungen zur Steuerpolitik registriert. (*ots*)

„Mangelndes Vertrauen“

„In der Bilanz, in der Arbeitslosigkeit, im mangelnden Vertrauen“: Der frühere SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping auf die Frage, wo er die Ursachen für die Misere der SPD sieht. (*Bild-Zeitung*)